

Liechtensteiner Volksblatt



Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.



I. D. Fürstin Gina feiert Namenstag

I. D. Fürstin Gina feiert heute Samstag ihren Namenstag. Wir wünschen ihr zum Namenstagsfest alles Gute und schliessen in unsere Glückwünsche auch alle anderen Namensträgerinnen und Namensträger mit ein. (Archivbild)

Europa 1992: Wahrnehmung unserer Interessen

Die europäische Integrationspolitik wird uns zunehmend beschäftigen – Konzepte notwendig

Zwei Probleme sind es vor allem, welche die liechtensteinische Aussenpolitik jetzt und wahrscheinlich noch geraume Zeit beschäftigen werden: Die Europäische Integrationspolitik im Hinblick auf die Verwirklichung des Binnenmarktes bis 1992 und der liechtensteinische UNO-Beitritt. Obwohl seit Jahren über beide Themen diskutiert wird, hielt sich die Regierung bislang mit einer offiziellen Stellungnahme zurück. Der Politik des Sicht-Treiben-Lassens wird von der Regierung offensichtlich der Vorzug gegeben.

S. D. Erbprinz Hans Adam wies in seiner diesjährigen Thronrede darauf hin, dass «Liechtenstein eine Mitgliedschaft bei der UNO sehr viel notwendiger braucht als die Schweiz» und bemerkte gleichzeitig – fast resignierend – zum Thema UNO-Beitritt, dass «dieses Thema politisch noch immer nicht sehr populär ist, aber für die internationale Anerkennung der liechtensteinischen Souveränität ist es umso wichtiger». Der UNO-Beitritt unseres Landes dürfte seither in der Bevölkerung nicht populärer geworden sein, doch auch die Regierung versäumte es – wahrscheinlich bewusst – eine Stellungnahme zur Problematik des UNO-Beitritts abzugeben. Der Eindruck, es herrsche zwischen Staatsoberhaupt und Regierung eine unterschiedliche Auffassung, hat sich deswegen verstärkt.

Für oder gegen die UNO?

Die Befürworter eines liechtensteinischen UNO-Beitritts vermögen eine Reihe von stichhaltigen Argumenten für ihr Anliegen ins Feld zu führen. Aber auch die Gegner können mit gewichtigen Argumenten aufwarten, wobei jene Feststellung, dass ein UNO-Beitritt Liechten-

steins vor der Schweiz ein gewagtes Unternehmen darstelle, das wohl wichtigste Gegenargument sein dürfte. Diese unterschiedlichen Positionen sollten jedoch Gegner wie Befürworter nicht davon abhalten, für ihre Sache zu werben, für ihre Überzeugung einzustehen. Die Schwierigkeit besteht in der gegenwärtigen Situation allerdings darin, dass von offiziell-

Aussenpolitik

Die Aussenpolitik steht im Zentrum einer FBP-Klausurtagung, die am kommenden Montag, den 25. April, um 18 Uhr im Haus Steingegerta in Schaan stattfindet. Erörtert und diskutiert werden soll vor allem die europäische Integrationspolitik im Hinblick auf die Verwirklichung des Binnenmarktes bis 1992 sowie ein liechtensteinischer UNO-Beitritt.

ler Seite keine Darstellung der Situation oder kein Antrag vorliegt, so dass sich die Diskussionen praktisch in einem luftleeren Raum bewegen. Das Schweigen der Regierung wird auch im Ausland registriert. So schrieb die «Sonntagszeitung» beispielsweise, wenn S. D. Erbprinz Hans Adam über die UNO-Frage «laut denkt», dann «verstummt beispielsweise Regierungschef Hans Brunhart, ebenso die regierungsnahen Presse».

Schweigen über Europas Integration

Ähnlich bedeckt hält sich die Regierung gegenüber der Europäischen Integration, insbesondere gegenüber den Be-

strebungen zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes bis 1992. Die Rest-EFTA-Staaten sind hier herausgefordert, ihre Zukunft in diesem Binnenmarkt oder mit diesem Binnenmarkt zu bestimmen. Vorerst liegen noch keine liechtensteinischen Vorstellungen auf dem Tisch, wie dieser Herausforderung für die Exportindustrie, für die verschiedenen international tätigen Dienstleistungsbetriebe begegnet werden kann oder soll. Die Position Liechtensteins in dieser Frage bleibt vorerst ein weisses Stück Papier.

Politischer Wille entscheidend

Dies ist umso bedauerlicher, als schon seit Jahren bekannt ist, dass – wenn auch langsam – Bewegung in die europäische Szenerie kommt. So wie Prof. Hans Christoph Binswanger schon 1972 in seinem Buch «Europapolitik der Rest-EFTA-Staaten» die Forderung aufstellte, die westeuropäischen Staaten müssten «ein realistisches Europakonzept» entwickeln, um «die gleichberechtigte Beteiligung der Neutralen in wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Hinsicht» zu ermöglichen, genauso müsste Liechtenstein für sich die Position definieren und Strategien für die Zukunft entwickeln. Doch davon ist die Regierung, die lieber auf die Situation in der Schweiz verweist, statt für sich selbst Modelle erarbeitet, noch weit entfernt. Ein überzeugter Europäer, Otto von Habsburg, schrieb vor kurzem über die «Erfolgsgeschichte» der Europäischen Gemeinschaft: «Unter widrigen Umständen wurde Gewaltiges vollbracht, sobald es den politischen Willen gab». Am politischen Willen, so kann mit Anlehnung an das Wort Habsburgs gesagt werden, fehlt es derzeit bei uns in Sachen Aussenpolitik. (G. M.)

Rückgang der Arbeitslosigkeit

St. Gallen (spk) Gemäss dem schweizerischen Trend hat die Arbeitslosigkeit im Monat März auch in der Ostschweiz abgenommen. Ausser Innerrhoden – wo die Zahl stabil tief blieb – sind diesmal sämtliche Ostschweizer Kantone am Rückgang beteiligt. Insgesamt waren in der Ostschweiz deutlich weniger Ganzarbeitslose gemeldet als in den Vorjahren.

Die Zahl der Ganzarbeitslosen in der Ostschweiz sank vom Februar auf März um 87 auf 1606. Im Vergleichsmonat des Vorjahres ergibt sich gemäss einer Aufstellung der Presseagentur spk ein Rückgang um 58 Personen, gegenüber 1986 beträgt die Verbesserung 252 Ganzarbeitslose.

Am höchsten ist die Zahl der Ganzarbeitslosen nach wie vor im Kanton St. Gallen mit 871 (-26), doch liegt man mit einer Arbeitslosenquote von rund 0,5 Prozent immer noch deutlich unter dem schweizerischen Mittel von 0,8 Prozent und leicht unter den Zahlen des Vorjahres. Zurückgegangen – um 18 auf 225 – ist die Zahl auch im Kanton Thurgau. Damit hat man exakt die Limite des Vorjahres erreicht.

Die stärkste Abnahme gegenüber dem Vormonat in der Ostschweiz verzeichnete der Kanton Graubünden mit noch 426 Ganzarbeitslosen (-35).

Langschuljahr: Mehr Zeit und nicht mehr Stoff

Am Montag beginnt das neue Schuljahr – Umstellung auf den Herbstschulbeginn mit Langschuljahr

Für unsere Schülerinnen und Schüler beginnt am Montag ein neues Schuljahr. Es handelt sich allerdings um ein besonderes Schuljahr, das in dieser Form noch nie vorgekommen ist in der Geschichte des liechtensteinischen Bildungswesens, denn dieses Langschuljahr stellt mit der um ein Quartal verlängerten Schulzeit und den verlängerten Ferien den Übergang zum Herbstschulbeginn her. Ab 1989 werden die Schuljahre, in Übereinstimmung mit den schweizerischen Koordinationsbestrebungen, nach den Sommerferien – also sozusagen im Herbst – beginnen.

Mit der Umstellung auf den Herbstschulbeginn wird von einer langen Tradition Abschied genommen, deren Verteidigung in den letzten zwanzig Jahren manche Diskussion füllte. Die Vorbereitungsarbeiten für die Umstellung des Schuljahresbeginns waren bereits anfangs siebziger Jahre erstmals getroffen worden, um in Einklang mit den schweizeri-

schen Harmonisierungsbestrebungen den Anschluss an die weiterführenden und Berufsschulen in unserer Nachbarschaft nicht zu verpassen. Beim zweiten Anlauf hat es nun geklappt, wobei die Emotionen diesmal bedeutend weniger zum Tragen kamen, der realistischen Betrachtungsweise der Notwendigkeit einer Koordination der Verzug gegenüber gefühlmässigen Argumentationen gegeben wurde.

Das Langschuljahr in unserem Land wurde lange vorbereitet und die vorbereitenden Fortbildungskurse für die Lehrerschaft unter das Motto «Horizonte erweitern – Beziehungen knüpfen» gestellt. Der mit der Umstellung des Schuljahresbeginns gewonnene Zeitraum soll gemäss dieser Planung intensiv für die Fortbildung der Lehrer und für die Vorbereitung zusätzlicher, interessanter Schulwochen genutzt werden. «Mehr Zeit und nicht mehr Stoff», ist eine andere Devise, die ausdrücken soll, dass in der zusätz-

zur Verfügung stehenden Zeit nicht noch mehr Lehrstoff an die Schüler herangebracht, sondern zur Vertiefung des Stoffes und zur Erprobung neuer Unterrichtsmethoden verwendet wird. Das Langschuljahr bietet, heisst es in einer Verlautbarung des Schulamtes, «einmal Zeit, Dinge zu machen, die in einem gewöhnlichen Schuljahr gerne dem Stoffdruck und dem Zeitmangel zum Opfer fallen.»

Das Langschuljahr also als eine Chance, die in Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Schülern, zwischen Schule und Schülern genutzt wird. Wenn einmal die Umstellung des Schuljahresbeginns erfolgt ist, wird diese Chance – vielleicht zum Leidwesen der Schüler und Lehrer – nicht mehr vorhanden sein. Dann gilt es, zu zehren von den Vorbereitungen, die das Langschuljahr allen Beteiligten gebracht hat. Je erfolgreicher das Langschuljahr verläuft, umso nachhaltiger wird die Ausstrahlung auf die Normalschuljahre ausfallen. (G. M.)

Ausbruch aus dem Gefängnis

(paf) – Am Freitag, 22. April, gelang einem österreichischen Untersuchungshäftling in den frühen Morgenstunden der Ausbruch aus dem liechtensteinischen Gefängnis. Die Flucht des Untersuchungshäftlings wurde anlässlich eines ordentlichen Kontrollganges durch die Wache festgestellt. Der Gefangene konnte mit eingeschmuggelten Sägeblättern die Zellengitter durchsägen und mit behelfsmässigem Werkzeug die Glasbausteine der Zellenverglasung zertrümmern. Wie weit allenfalls Hilfe von aussen geleistet wurde, steht noch nicht einwandfrei fest; entsprechende Abklärungen werden noch durchgeführt. Der Untersuchungshäftling war wegen Betrugs- und Betäubungsmitteldeiktens in Untersuchungshaft.

Regierung an der Landsgemeinde

(paf) Auf Einladung des Regierungsrates des Kantons Nidwalden nehmen die Mitglieder der Regierung morgen Sonntag, 24. April, als Ehrengäste an der Nidwaldner Landsgemeinde teil. Der Besuch der Regierung in Nidwalden ist Ausdruck vielfältiger und traditionellerweise guter Beziehungen zur Schweiz, mit der Liechtenstein nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Ebene der Kantone über die enge partnerschaftliche Zusammenarbeit hinaus zahlreiche persönliche Kontakte verbindet.

Papst reist nach Südamerika

Montevideo (spk/dpa) Zwei Wochen vor dem Besuch von Papst Johannes Paul II. in Uruguay haben die Bischöfe des südamerikanischen Landes bedauert, dass dieses trotz markanter Fortschritte vom demokratischen Ideal noch weit entfernt sei.

In einem von der Bischofskonferenz vorgelegten Dokument über die «Würde des Menschen und seine Rechte» heisst es unter anderem, vielen Bürgern fehle noch immer der Zugang zu Ausbildung und Wohnungen. Die Zukunftsaussichten eröffneten aber berechtigte Hoffnungen auf eine Verbesserung. Es gebe Anzeichen dafür, dass sich auf dem Arbeitsmarkt eine positive Veränderung andeute.

Einsprüche gegen Wackersdorf

München (AP) Rund 800 000 Menschen aus der Bundesrepublik und aus Österreich haben Einsprüche gegen die umstrittene Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe in Wackersdorf eingelegt. Allein die Vertreter bundesdeutscher Antikernkraftinitiativen, Parteien und Umweltschutzgruppen präsentierten am Freitag zum Ablauf der Einwendungsfrist im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren in München 470 000 Unterschriften gegen die Atomfabrik. Zusätzlich kamen rund 330 000 Einsprüche aus dem Nachbarland Österreich.

Damit protestierten rund 15mal mehr Menschen gegen die Anlage als 1983, als 53 000 Einwendungen erhoben worden waren.

Gemeinsame Arbeit an Kernfusionsreaktor

Wien (AP) Die Konstruktion eines Kernfusionsreaktors soll künftig in internationaler Zusammenarbeit vorangetrieben werden. Das ist das Ergebnis eines Treffens von Experten aus den USA, Japan, der Europäischen Gemeinschaft und der Sowjetunion in Wien. Der Vorsitzende des am Freitag zu Ende gegangenen Treffens, der US-Experte John Clarke, kündigte eine Konferenz von 40 bis 50 Ingenieuren und Wissenschaftler in Garching bei München am Sitz des Max-Planck-Instituts für Plasmaforschung in wenigen Wochen an.

Das gemeinsame Ziel der Beteiligten ist die Konstruktion eines Kernfusionsreaktors, der Energie ohne Atomspaltung und praktisch ohne Atomwaste produzieren soll.

Schöner arbeiten mit LISTA

Center

A. BECK AKTIENGESELLSCHAFT
NUSLIAND, FL. 9496 TRISSEN
TELEFON 075/8 82 77

BRILLEN für Gesichter mit Persönlichkeit

federer Brillen Kontaktlinsen

Optik - mit der Sie sich sehen lassen können!

Grunausstrasse 1 - 9470 Buchs - Telefon 085 / 6 28 18